

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 16. Juli 2008***Zusammenarbeit der Partei „DIE LINKE.“ mit PKK-nahen Organisationen***

Im Verfassungsschutzbericht (2007) des Senators für Inneres und Sport heißt es auf Seite 54: „Innerhalb der Partei ‚DIE LINKE.‘ werden offen extremistische Strukturen geduldet und gefördert, darunter u. a. die bereits in der ‚Linkspartei.PDS‘ entstandenen Zusammenschlüsse ‚Kommunistische Plattform‘ (KPF) und ‚Marxistisches Forum‘ (MF). Zu beobachten ist in Bremen auch die Zusammenarbeit zwischen Organisationen, die der verbotenen ‚PKK‘ nahe stehen, mit der Partei ‚DIE LINKE.‘“

In einem Kapitel über den „Volkskongress Kurdistans“ (Kongra Gel)/vormals „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) wird ausgeführt, dass einer türkischsprachigen Tageszeitung zufolge nach der Bürgerschaftswahl 2007 ein Treffen zwischen einer Delegation der Partei „DIE LINKE.“ und einer Organisation, die als Dachverband aller PKK-nahen kurdischen Vereine in Deutschland gilt, stattgefunden habe. Bei diesem Anlass habe sich die Delegation der Partei „DIE LINKE.“ für „die geleistete Unterstützung und den Wahlerfolg mit Hilfe des kurdischen Volkes“ bedankt (Seite 94).

Im Verfassungsschutzbericht heißt es weiter, dass die „Partizipation an der Bürgerschaftswahl“ verdeutliche, dass die „PKK“ in Bremen eine geschickte Propagandapolitik betreibe. Die „PKK“-Sektion habe versucht, sich durch Kontaktaufnahme zu Politikern und politischen Institutionen Gehör zu verschaffen (Seite 106).

Am 2. Juli 2008 hat der Innensenator der Parlamentarischen Kontrollkommission mitgeteilt, dass im Lande Bremen die Partei „DIE LINKE.“ ab sofort nicht mehr vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Wir fragen den Senat:

1. Was (konkret) versteht der Senat hinsichtlich der „PKK“ unter einer „Partizipation an der Bürgerschaftswahl“?
2. In welcher Weise haben Organisationen oder Personen, die der PKK nahe stehen, die Partei „DIE LINKE.“ im Wahlkampf unterstützt?
3. Welche konkreten Erkenntnisse liegen dem Senat zu Verbindungen und Kontakten vor, die die Partei „DIE LINKE.“ oder ihre Mitglieder zu Organisationen unterhalten oder unterhalten haben, die der PKK nahe stehen, insbesondere solchen, die im Verfassungsschutzbericht erwähnt werden?
4. Haben an dem im Verfassungsschutzbericht erwähnten Treffen zwischen einer Delegation der Partei „DIE LINKE.“ und der „Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland“ (YEK-KOM) nach der Bürgerschaftswahl 2007 Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft teilgenommen? Wenn ja, welche?
5. Wie ist erklärbar, dass laut Verfassungsschutzbericht innerhalb der Partei „DIE LINKE.“ „offen extremistische Strukturen geduldet und gefördert“ werden, der Innensenator aber laut Pressemitteilung vom 2. Juli 2008 der Auffassung ist, es gebe keine Anhaltspunkte für Bestrebungen der Partei „DIE LINKE.“, die gegen

die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet sind und damit keine Rechtsgrundlage für eine weitere Beobachtung durch den Verfassungsschutz?

Wilhelm Hinners,
Heiko Strohmann und Fraktion der CDU

D a z u

Antwort des Senats vom 12. August 2008

Vorbemerkung:

Der Senator für Inneres und Sport klärt die Öffentlichkeit auf der Grundlage der Auswertungsergebnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz durch zusammenfassende Berichte über verfassungsfeindliche Bestrebungen und sicherheitsgefährdende Tätigkeiten im Lande Bremen auf. Dies geschieht durch die regelmäßige Vorlage von jährlichen Verfassungsschutzberichten. Der in der Anfrage zitierte Bericht informiert über entsprechende Bestrebungen und Tätigkeiten im Jahre 2007.

Nach dem Bremischen Verfassungsschutzgesetz ist regelmäßig zu überprüfen, ob die Voraussetzungen für die Einstufung als verfassungsfeindliche Bestrebung weiter gegeben sind. Dies kann zur Folge haben, dass nach Ablauf des Berichtszeitraums eintretende Entwicklungen eine Neubewertung von im Bericht noch aufgeführten Beobachtungsobjekten erfordern und die bisher erfolgte Einstufung als Beobachtungsobjekt zu revidieren ist.

1. Was (konkret) versteht der Senat hinsichtlich der „PKK“ unter einer „Partizipation an der Bürgerschaftswahl“?

Die ehemalige „PKK“ und ihre Nachfolgeorganisation „Kongra Gel“ verfolgen seit Jahren eine Doppelstrategie. In der Türkei wird der bewaffnete Kampf fortgeführt, während außerhalb des Landes versucht wird, durch ein weitgehend gewaltfreies Handeln Sympathien zu gewinnen. Für die Verwirklichung ihrer Ziele sucht die Organisation dabei die Unterstützung politischer Parteien und anderer nicht staatlicher Organisationen. Die Kontaktaufnahme zur Partei „DIE LINKE.“ im Umfeld der Bürgerschaftswahl entspricht diesem Vorgehen. Eine größere Bedeutung ist diesem Verhalten jedoch nicht beizumessen.

2. In welcher Weise haben Organisationen oder Personen, die der PKK nahe stehen, die Partei „DIE LINKE.“ im Wahlkampf unterstützt?
3. Welche konkreten Erkenntnisse liegen dem Senat zu Verbindungen und Kontakten vor, die die Partei „DIE LINKE.“ oder ihre Mitglieder zu Organisationen unterhalten oder unterhalten haben, die der PKK nahe stehen, insbesondere solchen, die im Verfassungsschutzbericht erwähnt werden?
4. Haben an dem im Verfassungsschutzbericht erwähnten Treffen zwischen einer Delegation der Partei „DIE LINKE.“ und der „Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland“ (YEK-KOM) nach der Bürgerschaftswahl 2007 Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft teilgenommen? Wenn ja, welche?

Der Verfassungsschutzbericht enthält die zur Veröffentlichung geeigneten Informationen.

Soweit darüber hinausgehende Erkenntnisse vorliegen, dürfen diese aus Gründen der Geheimhaltung und des Quellenschutzes nicht allgemein zugänglich gemacht werden. Sie könnten nur der Parlamentarischen Kontrollkommission mitgeteilt werden, die der Gesetzgeber für solche Zwecke eingerichtet hat und deren Beratungen vertraulich sind.

5. Wie ist erklärbar, dass laut Verfassungsschutzbericht innerhalb der Partei „DIE LINKE.“ „offen extremistische Strukturen geduldet und gefördert“ werden, der Innensenator aber laut Pressemitteilung vom 2. Juli 2008 der Auffassung ist, es

gebe keine Anhaltspunkte für Bestrebungen der Partei „DIE LINKE.“, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet sind und damit keine Rechtsgrundlage für eine weitere Beobachtung durch den Verfassungsschutz?

Der Verfassungsschutzbericht des Senators für Inneres und Sport ordnet die bremischen Erkenntnisse in die bundesweit bestehende Erkenntnislage ein. Hierzu bedarf es daher notwendigerweise auch der Darlegung von Informationen, die nicht durch bremische Behörden gewonnen wurden. Ein anderes Vorgehen würde schon aufgrund der Kleinräumigkeit der Freien Hansestadt Bremen eine verzerrte und letztlich fehlerhafte Darstellung von einzelnen Organisationen mit sich bringen.

Soweit der Verfassungsschutzbericht 2007 extremistische Bestrebungen zur Partei „DIE LINKE.“ anführt, ergeben sich diese aus Erkenntnissen des Bundes und anderer Länder. Dies wird auch aus dem Darstellungszusammenhang im Verfassungsschutzbericht deutlich.

Die Parlamentarische Kontrollkommission ist in der Sitzung am 2. Juli 2008 umfassend über die einzelnen Gesichtspunkte und die vorliegenden Erkenntnisse unterrichtet worden, die nunmehr dazu geführt haben, die Beobachtung der Partei „DIE LINKE.“ im Land Bremen nicht weiter fortzuführen.

Davon nicht betroffen ist die Nachfolgeorganisation der ehemaligen „PKK“ in Bremen; diese wird weiterhin vom Bremischen Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet.

Der Senat erinnert daran, dass die Partei „DIE LINKE.“ auch von den Verfassungsschutzbehörden anderer Länder (Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen) aufgrund der dort vorliegenden Erkenntnisse nicht mehr beobachtet wird. Des Weiteren verweist auch der Bundesverfassungsschutzbericht 2007 darauf, dass „DIE LINKE.“ einen ambivalenten Charakter aufweist und darauf bedacht zu sein scheint, „als reformorientierte, neue linke Kraft wahrgenommen zu werden“. Bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts hat der Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass der Umfang der Berichterstattung über die Partei gegenüber dem Vorjahresbericht deutlich vermindert wurde.